Auszug

aus dem Protokoll der Sitzung des Rates der Stadt Wedel vom 11.05.2023

Top 9 Haushaltskonsolidierung BV/2023/030-1

Frau Süß verliest den Antrag der Grünen.

Nach ausgiebiger Diskussion bittet Herr Hagendorf um Entscheidungsfindung und stellt den Antrag auf Ende der Rednerliste. Dazu gibt es keine Gegenrede.

Dann wird zunächst über den Antrag der Grünen abgestimmt und zwar über jeden Punkt einzeln.

- 1.) 33 Ja / 1 Nein / 0 Enthaltung
- 2.) Einstimmig
- 3.) 29 Ja / 5 Nein / 0 Enthaltung
- 4.) 16 Ja / 16Nein / 2 Enthaltung
- 5.) 31 Ja / 0 Nein / 1 Enthaltung

Beschluss:

Der Rat beschließt,

- A. die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen **zeitnah umzusetzen**, damit diese ab dem Haushalt 2024 ff. zur Verbesserung der finanziellen Situation der Stadt Wedel beitragen können.
 - A.1. Für folgende Maßnahmen sind dabei Beschlüsse der politischen Gremien erforderlich. Hier werden verwaltungsseitig Beschlussvorlagen erarbeitet und den Gremien zur Beschlussfassung vorgelegt (laufende Nummern laut Anlage Übersicht grün):
 - Aktualisierung der Verwaltungsgebührensatzung und Ausweitung der Gebührentatbestände
 - 2. Aktualisierung der Sondernutzungsgebührensatzung
 - 3. Veräußerung von Erbbaugrundstücken
 - 4. Poolbildung für alle städtischen Hausmeister
 - 5. Einforderung eines Nachlasses auf die Stromkosten gegenüber den Stadtwerken Wedel
 - 6. Einforderung eines Nachlasses auf die Kosten der Wärmeerzeugung gegenüber den Stadtwerken Wedel
 - 7. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Wohnungsflächen der Stadt Wedel
 - 8. Vermietung der nicht genutzten Azubi-Wohnungen der Stadt Wedel an Studierende
 - 9. Erhöhung / Einführung von Entgelten für vermietete Gewerbeflächen der Stadt Wedel
 - 11. Beschränkung auf die Bezahlung der SLM- Software ITS-Learning
 - 12. Nachverhandlung des Vertrages mit dem Kreis Pinneberg bezgl. der Erbringung von Sozialleistungen
 - 13. Nachverhandlungen mit den Stadtwerken bezüglich der Kosten für die Löschwasserversorgung
 - 14. Aktualisierung der Feuerwehrgebührensatzung
 - 16. Entgeltliche Vermietung des Museumsgartens im Stadtmuseum
 - 17. Umsatzbeteiligung / Standgebühren bei privatrechtlichem Ausschank auf dem Museumsgelände
 - 18. Erhöhung der Gebühren bei der Musikschule insbesondere beim Erwachsenenun-

terricht

- 21. Erhöhung der Jahresentgelte der Stadtbücherei um 50 %
- 22. Reduzierung der Ausnahmetatbestände von der Gebührenpflicht
- 23. Erhöhung der Säumniszuschläge und Mahngebühren um 50 %
- 25. Gebühren für Arbeitsplatznutzung in der Stadtbücherei
- 26. Erhöhung der Kursgebühren in der VHS
- 27. Reduktion bzw. Nachverhandlung des Zuschusses zu "zu teure" Kitas
- 28. Erhöhung der Gebühren in der Schulkinderbetreuung um 10 %
- 29. Einstellung von Wespi oder Abgabe von Wespi an die Kirchen
- 30. Reduktion der Spielplätze von 45 auf 30
- 32. Verringerung des Verlustausgleichs bei der Badebucht / Bedarfsbeauftragung bei der PROVA GmbH
- 33. Einführung / Erweiterung von Nutzungsgebühren für Sporthallennutzungen
- 34. Streckung der Deckschichtsanierung für Gemeindestraßen bis 2030
- 35. Verlängerung der Nachtabschaltung bei der Straßenbeleuchtung
- 37. Erhöhung / Einführung von Parkgebühren im gesamten Stadtgebiet in 3 Stufen
- 38. Erhöhung der WoMo Stellplatzgebühren im Sommer um 50 %
- 41. Erhöhung der Marktnutzungsgebühren
- 43. Erhöhung der Zweitwohnungssteuer
- 44. Einführung einer Bettensteuer
- 45. Erhöhung der Vergnügungs- und Automatensteuer.
- A.2. Die folgenden Maßnahmen werden verwaltungsseitig ohne einen gesonderten Beschluss umgesetzt (laufende Nummern laut Anlage Übersicht grün):
 - 10. Aufgabe Workingspace, ggf. Nutzung der Büros in der StaBü
 - 15. Nachverhandeln der Landeszuweisungen für Schulsozialarbeit
 - 19. Kostenerstattung für Musikschulunterricht vom Land einfordern
 - 20. Reduktion der Zeitschriften-Abos um 50 %
 - 24. Automatisierung Rechnungsprozess zw. Bibliotheka und H&H
 - 31. Interne Nachnutzung der Spielplatzgeräte und Reduzierung der Beschaffungskosten in Folgejahren
 - 36. Nachverhandeln Kostensatz UI/UA oder Vertragsauflösung des Vertrages v. 1963
 - 39. Eigenerbringung von Aufgaben mit eigenem (neuem) Personal
 - 40. Eigenerbringung von Aufgaben mit bestehenden Personal
 - 41. Aufforderung zur nachträglichen Hundeanmeldung, Hundezählung

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die oben genannten Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle Übersicht grün.

B. Die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sind **zeitnah zu prüfen** und dem Rat der

Stadt Wedel zur Entscheidung vorzulegen:

- 46. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Aufwandsreduktion
- 47. Verringerung der Kosten für den Sitzungsdienst, hier: Anzahl der Sitzungen
- 48. Veräußerung entbehrlicher Weide- und Bauschulflächen
- 49. Aufgabe einer eigenen Gebäudereinigung
- 50. Aufgabe der Unterstützung von Senioren durch eine gesonderte Seniorenberatungsstelle
- 51. Kürzung der Zuschüsse an Sozialträger um 10 %
- 52. Kürzung der Schulsozialarbeit
- 53. Verzicht auf Außenstandorte und Außendienst der Stadtbücherei
- 54. Einführung kostendeckender SKB-Beiträge für erste und letzte Stunde
- 55. Rückübertragung der Straßenbeleuchtung in den städtischen Betrieb
- 56. Abschaffung von Monats/Jahrestickets für Stellplätze in der B+R Anlage
- 57. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer A von 380 % auf 400 %

- 58. Erhöhung des Hebesatzes für Grundsteuer B von 540 % auf 560 %
- 59. Erhöhung des Hebesatzes für Gewerbesteuer von 420 % auf 440 %

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die zu prüfenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle "Prüfung empfohlen".

- C. Die folgenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sollen **nicht umgesetzt** werden:
 - 60. Streichung des Nachlasses für Unterkunftskosten für erwerbstätige Bewohner*innen
 - 61. Einsparung beim Löschwasser in der maximalen Variante
 - 62. Kürzung der Kulturförderung um 20 %
 - 63. Erhöhung der Pacht für den WoMo-Stellplatz auf Höhe der Ist-Einnahmen

Die geplanten Konsolidierungsbeträge für die nicht umzusetzenden Maßnahmen ergeben sich aus der als Anlage beigefügten Tabelle "keine Umsetzung".

Abstimmungsergebnis über die BV mit den Änderungen:

Einstimmig